

Richtlinie über den Umgang mit Skontoabzug und Zugaben (RL Skonto)

vom 10. August 2012

Beim Abzug von Skonto haben alle Behörden und Ämter - einschließlich der Einrichtungen nach §§ 15 und 26 LHO - sowie alle Hochschulen die folgenden Regelungen zu beachten:

1. Allgemeines / Grundsatz

- 1.1 Unter dem Begriff **Skonto** wird ein prozentualer Abzug vom Rechnungsbetrag verstanden, der vom Auftraggeber bei sofortiger Bezahlung oder bei einer Zahlung innerhalb einer bestimmten festgelegten Zeitspanne nach Eingang der zugrundeliegenden Rechnung vorgenommen werden kann. Regelmäßig wird der Nachlass als Gegenleistung dafür eingeräumt, dass die Zahlung durch den Auftraggeber bereits vor Fälligkeit des Vergütungsanspruches vorgenommen wird.
- 1.2 Der Auftraggeber kann einen Skontoabzug nur vornehmen, wenn er hierüber mit dem Auftragnehmer eine ausdrückliche Vereinbarung getroffen hat.

Von jeder Möglichkeit, einen Skontoabzug zu vereinbaren, ist Gebrauch zu machen¹.
- 1.3 Aus einer Skonto-Vereinbarung muss genau hervorgehen, von welcher Zahlung (Abschlags-, Teil-, Teilschluss- und/ oder Schlusszahlung) in welcher Höhe und innerhalb welcher Fristen Skonto in Abzug gebracht werden kann. Andernfalls ist sie inhaltlich nicht hinreichend bestimmt.
- 1.4 Werden die in der Skonto-Vereinbarung getroffenen Zahlungsmodalitäten nicht eingehalten, so entfällt der vereinbarte Nachlass, da es sich bei der zugrundeliegenden Abrede um einen aufschiebend bedingten Teilerlass ausschließlich für den Fall fristgerechter Zahlung handelt.

2. Formulierung in den Vergabeunterlagen

- 2.1 Nur wenn der Bieter im Vergabeverfahren dazu aufgefordert wird, Skontoabzüge anzubieten, können diese bei der Wertung der Angebote auch berücksichtigt werden².
- 2.2 Abgefragt werden können nur die Skontofristen, die der Auftraggeber auch realistisch erfüllen kann. Zu berücksichtigen ist hierbei insbesondere, ob innerhalb des betreffenden Zeitraums die Prüfung der Berechtigung und die anschließende Erfüllung der Forderung möglich sind³. Wenn z.B. eine Zahlung innerhalb einer Frist von 7 Kalendertagen regelmäßig nicht zu leisten ist, darf der Auftraggeber sich diese Skontofrist nicht anbieten lassen.
- 2.3 Bei der Formulierung ist darauf zu achten, dass der Beginn der Skontofrist keinesfalls von der Prüfung der (Schluss-) Rechnung abhängig gemacht wird. Eine solche Regelung benachteiligt einen Auftragnehmer unangemessen, weil der Auftraggeber den Skontierungszeitraum beliebig hinauszögern kann.

1 vgl. Nr. 5.3 der VV zu § 34 LHO

2 vgl. BGH, Urteil vom 11.03.2008, X ZR 134/05, in: NzBau 2008, 459

3 vgl. BGH, Urteil vom 11.03.2008, X ZR 134/05.

- 2.4 Für den Fall, dass die Bieter in einem Vergabeverfahren Skontoabzüge anbieten sollen, sollte – nach den jeweiligen Erfordernissen – folgende Formulierung an geeigneter Stelle in die Vergabeunterlagen aufgenommen werden:

„Skonto

(Zutreffendes bitte ankreuzen bzw. ausfüllen):

Ich/Wir gewähre(n) - jeweils nach Eingang einer prüfbaren Rechnung, nicht jedoch vor Leistungserfüllung bzw. Abnahme -

- ☐ *kein Skonto,*
- ☐ *bei Zahlung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ____ % Skonto*
- ☐ *bei Zahlung innerhalb einer Frist von 21 Kalendertagen ____ % Skonto*
- ☐ *bei Zahlung innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen ____ % Skonto*
- ☐ *bei Zahlung innerhalb einer Frist von 7 Kalendertagen ____ % Skonto“*

Es ist zwingend erforderlich, feste Fristen vorzugeben und die Bieter ggf. die entsprechenden Prozentsätze eintragen zu lassen. Nur so ist es möglich, vergleichbare Angebote zu erhalten. Die vorgegebenen Fristen sind für Skontoabzüge üblich.

Ob ein oder mehrere Skontosätze abgefragt werden, obliegt der Entscheidung der Vergabestelle.

- 2.5 Hat der Auftraggeber in den Vergabeunterlagen keine Skontoabzüge abgefordert, kann er dies nicht nachholen. Eine Nachforderung gem. § 16 Abs. 2 bzw. § 19 EG Abs. 2 VOL/A ist nicht zulässig.

3. Wertung von Angeboten

3.1 Wertung von Angeboten mit erwünschten und geforderten Skontoabzügen

Lässt sich der Auftraggeber Skontoabzüge anbieten, sind diese in die Wertung einzubeziehen.

Die Wertung von Skontoabzügen ist gemäß § 16 Abs. 8 bzw. § 19 EG Abs. 9 VOL/A im Rahmen des Zuschlagskriteriums „Preis“ vorzunehmen.

3.2 Wertung von Angeboten mit unaufgeforderten Skontoabzügen

Vom Bieter unaufgefordert angebotene Skontoabzüge, die nicht ausdrücklich in den Vergabeunterlagen ausgeschlossen wurden, werden nicht in die Wertung einbezogen. Sie gelten aber nicht als unzulässige Änderung der Vergabeunterlagen, da die Vorgaben der Vergabeunterlagen nicht verändert wurden. Das Angebot kann daher ohne die Berücksichtigung des Skontos gewertet werden.

Sind in den Vergabeunterlagen jedoch Skontoabzüge ausdrücklich ausgeschlossen worden, ist ein Angebot mit unaufgefordert angebotenen Skontoabzügen wegen unzulässiger Änderung der Vergabeunterlagen gem. § 16 Abs. 3 lit. d) bzw. § 19 EG Abs. 3 lit. d) VOL/A auszuschließen.

4. Skontoabzug bei Zahlungen

4.1 Bei Abzug von Skonto ist die vereinbarte Zahlungsfrist zu wahren.

Die Skontofristen⁴ beginnen mit dem Tage des Eingangs der Rechnungen bei der im Bestellschein oder Auftragsschreiben als zuständig bestimmten Empfangsstelle (Eingangsstempel), jedoch bei Aufbauleistungen nicht vor dem Tage der Abnahme und bei allen anderen Leistungen nicht vor dem Tage der Leistungserfüllung.

Für die Einhaltung der Skontofrist kommt es nicht auf den Zeitpunkt der Zahlung, sondern auf den Eingang des Geldes beim Auftragnehmer an.⁵

Soweit die VOL/B in § 17 Abs. 1 vorsieht, dass maßgebend für die Rechtzeitigkeit der Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut des Auftraggebers ist, ist diese Regelung mit der Zahlungsverzugsrichtlinie RL 2000/35/EG nicht vereinbar. § 17 Abs. 1 VOL/B ist insoweit nicht mehr anzuwenden.

4.2 Um rechtzeitige Erfüllung zu gewährleisten, sind Rechnungen mit Skontoabzug bevorzugt zu bearbeiten.

Hierbei sollte grundsätzlich immer die kürzeste vereinbarte Zahlungsfrist mit dem für die Freie und Hansestadt Hamburg günstigsten Skonto angestrebt werden.

Derartige Rechnungsbelege sind an deutlich sichtbarer Stelle mit dem Vermerk "Eilt-Skonto" zu versehen.

4.3 Ergibt sich trotz Skonto-Vereinbarung die Unmöglichkeit einer fristgerechten Zahlung, so ist kein Skontoabzug vorzunehmen.

In einem solchen Fall sind die Rechnungen zur Vermeidung von späteren Beanstandungen mit einem kurzen Vermerk zu versehen, der den Verzicht auf Skonto begründet.

Bei einem Abweichen von der kürzest möglichen Skontofrist (unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten in den Dienststellen) ist analog zu verfahren.

4.4 Zur Vermeidung eines nicht zu rechtfertigenden Arbeitsaufwandes kann bei kleineren Rechnungen mit einem Gesamtrechnungsbetrag bis einschließlich 25,- Euro von einem Skontoabzug abgesehen werden.

5. Zugaben

Unentgeltliche Nebenleistungen (Zugaben) führen zum Ausschluss des Angebots, da die Angebote sonst nicht vergleichbar sind.

4 vgl. § 14 der Hamburgischen Zusätzlichen Vertragsbedingungen (HmbZVB-VOL/B)

5 Art. 3 Abs. 1 Buchst. c Ziff. ii der Richtlinie 2000/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr ist dahin auszulegen, dass bei einer Zahlung durch Banküberweisung der geschuldete Betrag dem Konto des Gläubigers rechtzeitig gutgeschrieben sein muss, wenn das Entstehen von Verzugszinsen vermieden oder beendet werden soll (EuGH, Urteil vom 03.04.2008, Rs C-306/06).